

S a t z u n g
über die Reinigung öffentlicher Straßen in der
Gemeinde G r e n d e r i c h

- - -

Der Gemeinderat hat am 18. 11. 1963..... aufgrund des § 17 Landesstraßengesetz vom 15.2.1962 (GVBl. S. 57) und des § 21 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vom 5.10.1954 in der geltenden Fassung folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gegenstand der Reinigungspflicht

(1) Die Reinigungspflicht erstreckt sich auf alle in der geschlossenen Ortslage gelegenen öffentlichen Straßen; ~~bei Ortsdurchfahrten von Bundes- und Landesstraßen nur auf Gehwege~~, soweit Gehwege nicht vorhanden sind, auf einen 1,50 m breiten Streifen entlang des Straßenrandes. Öffentliche Straßen im Sinne dieser Satzung sind die dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze.

Geschlossene Ortslage ist der Teil des Gemeindebezirks, der in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut ist. Einzelne unbebaute Grundstücke, zur Bebauung ungeeignetes oder ihr entzogenes Gelände oder einseitige Bebauung unterbrechen den Zusammenhang nicht.

(2) Zu den öffentlichen Straßen gehören:

- a) Gehwege einschließlich der Durchlässe;
- b) Parkplätze;
- c) Straßenrinnen;
- d) Seitengräben einschließlich der Durchlässe;
- e) Einflußöffnungen der Straßenkanäle;
- f) Promenadenwege (Sommerwege) und Bakette;
- g) Böschungen und Grabenüberbrückungen;
- h) Fahrbahnen; bei Plätzen bis zu einer Entfernung von 8 m von der Fahrbahngrenze.

§ 2

Reinigungspflichtige

(1) Die Straßenreinigungspflicht, die gemäß § 17 Abs. 3 LStrG der Gemeinde obliegt wird für die in § 1 genannten Straßen den Eigentümern der bebauten oder unbebauten Grundstücke auferlegt, die durch diese Straße erschlossen werden. Die Reinigungspflicht der Grundstückseigentümer erstreckt sich bis zur Mitte der Fahrbahn, bei einseitig bebauten Straßen auf die ganze Straße.

(2) Den Eigentümern werden gleichgestellt die zur Nutzung oder zum Gebrauch dinglich Berechtigten, denen nicht nur eine Grunddienstbarkeit oder eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit zusteht, und die Wohnungsberechtigten (§ 1093 BGB).

(3) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz anzusehen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, insbesondere, wenn ihm eine besondere Hausnummer zugeteilt ist.

§ 3

Leistungsunfähigkeit der Reinigungspflichtigen

Bei Leistungsunfähigkeit der Reinigungspflichtigen (körperliches Unvermögen) führt die Gemeinde an deren Stelle die Reinigungspflicht durch, soweit ihm nicht zugemutet werden kann, aufgrund seiner wirtschaftlichen Verhältnisse einen Dritten mit der Reinigung zu beauftragen. Ob ein Reinigungspflichtiger als leistungsfähig anzusehen ist, entscheidet die Gemeindevertretung.

§ 4

Übertragung der Reinigungspflicht auf Dritte

Der Reinigungspflichtige kann durch Vertrag die Reinigungspflicht auf einen Dritten (z.B. Pächter, Mieter) übertragen. Der Vertragsabschluß ist der Gemeindeverwaltung anzuzeigen.

§ 5

Umfang der allgemeinen Reinigung

Die Reinigungspflicht umfaßt insbesondere

1. das Besprengen und Säubern der Straßen (§ 6)
2. die Schneeräumung auf den Straßen (§ 7).
3. das Bestreuen der Gehwege, Fußgängerüberwege und der besonders gefährlichen Fahrbahnstellen bei Glätte (§ 8).

§ 6

Besprengen und Säubern der Straßen

(1) Das Säubern der Straße umfaßt insbesondere die Beseitigung von Kehricht, Schlamm, Gras, Unkraut und sonstigem Unrat jeder Art, die Entfernung von Gegenständen, die nicht zur Straße gehören, die Säuberung der Straßenrinnen, Gräben und der Durchlässe.

- (2) Kehricht, Schlamm und sonstiger Unrat sind unverzüglich nach Beendigung der Reinigung zu entfernen. Das Zukehren an das Nachbargrundstück oder das Kehren in Kanäle, Sinkkästen, Durchlässe und Rinnenläufe oder Gräben ist unzulässig.
- (3) Bei wassergebundenen Straßendecken (sandgeschlemmten Schotterdecken) und unbefestigten Randstreifen dürfen keine harten und stumpfen Besen benutzt werden.
- (4) Bei trockenem und frostfreiem Wetter ist vor dem Reinigen die Straße zur Verhinderung von Staubeentwicklung ausreichend mit Wasser zu besprengen, soweit nicht besondere Umstände entgegenstehen, z.B. bei einem Wassernotstand.
- (5) Die Straßen sind grundsätzlich an den Tagen vor einem Sonntag oder einem gesetzlichen oder kirchlichen Feiertag
in der Zeit vom 1.4. bis 30.9. bis spätestens (18) Uhr
in der Zeit vom 1.10. bis 31.3. bis spätestens (16) Uhr
zu reinigen, soweit nicht in besonderen Fällen eine öftere Reinigung erforderlich ist. Außergewöhnliche Verschmutzungen sind ohne eine Aufforderung sofort zu beseitigen. Das ist insbesondere nach starken Regenfällen, Tauwetter und Stürmen der Fall.
- (6) Die Gemeindeverwaltung kann bei besonderen Anlässen, insbesondere bei Heimatfesten, besonderen Festakten, kirchlichen Festen, nach Karnevalsumzügen, eine Reinigung auch für andere Tage anordnen. Dies wird durch die Gemeindeverwaltung öffentlich bekanntgemacht oder den Verpflichteten besonders mitgeteilt.

§ 7

Schneeräumung

Wird durch Schneefälle die Benutzung von Fahrbahnen und Gehwegen erschwert, so ist der Schnee unverzüglich wegzuräumen. Gefrorener oder festgetretener Schnee ist durch Loshacken zu beseitigen. Der weggeräumte Schnee ist so zu lagern, daß der Verkehr auf den Fahrbahnen und Gehwegen nicht eingeschränkt und der Abfluß von Oberflächenwässern nicht beeinträchtigt werden.

§ 8

Bestreuen der Straßen

- (1) Die Streupflicht erstreckt sich auf Gehwege, Fußgängerüberwege und die besonders gefährlichen Fahrbahnstellen bei Glätte. Soweit kein Gehweg vorhanden ist, gilt als Gehweg ein Streifen von 1,5 m Breite entlang der Grundstücksgrenze.

(2) Die Benutzbarkeit der Gehwege, Fußgängerüberwege und der besonders gefährlichen Fahrbahnstellen ist durch Bestreuen mit abstumpfenden Stoffen (Asche, Sand, Sägemehl) herzustellen. Eis ist aufzuhacken und zu beseitigen. Das Streuen mit Salz ist verboten, wenn hierdurch der Oberflächenbelag der Straße beschädigt werden kann. Entstandene Rutschbahnen sind sofort zu beseitigen.

(3) Die bestreuten Flächen vor den Grundstücken müssen in ihrer Längsrichtung so aufeinander abgestimmt sein, daß eine durchgehende benutzbare Gehfläche gewährleistet ist. Deshalb muß sich der später Streuende insoweit an die schon bestehende Gehwegrichtung vor den Nachbargrundstücken anpassen.

(4) Die Straßen sind erforderlichen-falls mehrmals am Tage so zu streuen, daß während der allgemeinen Verkehrszeiten (7.00 bis 20.00 Uhr) auf den Gehwegen, Fußgängerüberwegen und besonders gefährlichen Fahrbahnstellen keine Rutschgefahr besteht.

§ 9

Umfang der besonderen Reinigung

Werden öffentliche Straßen bei der An- und Abfuhr von Kohlen, Baumaterialien oder anderen Gegenständen oder bei der Abfuhr von Schutt, durch Leckwerden oder Zerbrechen von Gefäßen oder auf andere ungewöhnliche Weise verunreinigt, so müssen sie von demjenigen, der die Verunreinigung verursacht hat, sofort gereinigt und der zusammengekehrte Unrat muß beseitigt werden. Wird der Verursacher nicht ermittelt, so obliegt dem sonst zur Reinigung Verpflichteten (§ 2) auch diese außerordentliche Reinigung.

§ 10

Abwässer

Den Straßen, insbesondere den Rinnen, Gräben, Straßeneinläufen und Durchlässen dürfen keine Spül-, Haus-, Fäkal- oder gewerbliche Abwässer zugeleitet werden. Ebenfalls ist das Ableiten von Jauche, Blut oder sonstigen schmutzigen oder übelriechenden Flüssigkeiten verboten. Das in den Rinnen und Gräben bei Frost entstehende Eis ist in der gleichen Weise zu beseitigen wie die durch Frost oder Schneefall herbeigeführte Glätte.

§ 11

Zwangsgeld, Ersatzvornahme

Bei Zuwiderhandlung gegen Bestimmungen dieser Satzung wird gem. § 21 Abs. 2 GO Zwangsgeld bis zu 500,-- DM festgesetzt. Bei Weigerung des Reinigungspflichtigen kann die Gemeinde die Reinigung an seiner Stelle und auf seine Kosten vornehmen lassen. Das gilt nicht für die Verbote in § 8 Abs. 2 Satz 3 und § 10 Satz 1 und 2.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt ~~am~~ mit ihrer Verkündigung in Kraft, zum gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung vom 14. August 1932 außer Kraft.

gez. Korneli

Gemeindeverwaltung Grenderich

B e s c h e i n i g u n g

Es wird hiermit bescheinigt, daß der Entwurf der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Gemeinde Grenderich nach vorheriger ortsüblicher Bekanntgabe 14 Tage lang und zwar vom 23. September bis 6. Oktober 1963 im Dienstzimmer der Gemeindeverwaltung öffentlich ausgelegen hat. Einsprüche wurden - nicht - erhoben.

G r e n d e r i c h , den 10. Oktober 1963

Gemeindeverwaltung Grenderich

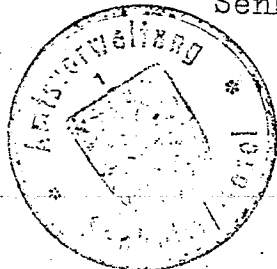
gez. Korneli

Bürgermeister

Für die Richtigkeit der Abschrift

Senheim, den 28. November 1963

Amtsverwaltung Senheim



[Handwritten signature]

Abschrift

I. Nachtrag

Der Satzung der Gemeinde Grenderich über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Gemeinde Grenderich vom 18. 11. 1963

Der Gemeinderat hat am 13. 4. 1964 aufgrund des § 17 des Landesstraßengesetzes vom 15. Februar 1962 (GVBl. S. 57), geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1963 (GVBl. S. 6/64) und des § 21 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz vom 5. Oktober 1954 in der geltenden Fassung folgende I. Nachtragsatzung beschlossen:

§ 1

In § 1 Abs. 1 der Satzung vom 18. 11. 1963 wird der 2. Halbsatz des 1. Satzes ("bei Ortsdurchfahrten von Bundes- und Landesstraßen nur auf Gehwege") ersatzlos gestrichen.

§ 2

In § 2 Abs. 1 wird der Satz 1 durch anfügen der Wörter: "oder die an diese angrenzen" ergänzt.

§ 3

Der Wortlaut des § 11 wird durch folgende Fassung ersetzt:

"Zwangsmittel"

Für die Anwendung von Zwangsmitteln bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung gilt das Verwaltungsvollstreckungsgesetz von Rheinland-Pfalz vom 8. Juli 1957 (GVBl. S. 101).

Diese Nachtragsatzung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Grenderich , den 13. 4. 1964

Die Gemeindeverwaltung

gez. Korneli
(S) **Der Bürgermeister**

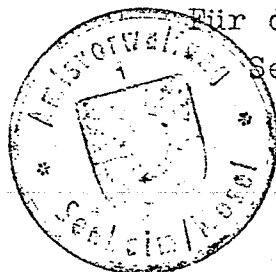
B e s c h e i n i g u n g

Es wird hiermit bescheinigt, daß der Entwurf des I. Nachtrags über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Gemeinde Grenderich nach vorheriger ortsüblicher Bekanntgabe 14 Tage lang und zwar vom 23. 3. bis 6. April 1964 im Dienstzimmer der Gemeindeverwaltung öffentlich ausgelegen hat. Einsprüche wurden - nicht - erhoben.

Grenderich, den 8. 4. 1964

Die Gemeindeverwaltung

gez. Korneli
(S) **Der Bürgermeister**



Für die Richtigkeit der Abschrift
Senheim, den 28. April 1964

Amtsverwaltung Senheim

Jo. Braun